

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

57 (11.3.1909) 1. Blatt

Institut, der österreichisch-ungarischen Bank. Im nächsten Jahre geht diese Vereinbarung zu Ende. Stoff und seine Getreuen verlangen nun für Ungarn eine selbständige Kartellbank; die Verfassungs- und Volkspartei sind aber Gegner einer solchen, und der Gegenstand der Meinungen gibt sich in heftigen Auseinandersetzungen, auch im Ministerium, kund. Dieser Widerstand wird dem Kabinett definitiv das Genick brechen. Die Vertagung der Kräfte ist nur dadurch zu erklären, daß sich die Anhänger der Kartellbank bereit erklärten, bestimmte Ergebnisse der Verhandlungen zwischen beiden Regierungen abzuwarten. Dies schlug ihnen Wexler von kurzem in der Kammer vor, wurde aber niedergebürstet. Daß sich die Herren nun doch dazu bequemen, nachzugeben, ist auf die Audienz zurückzuführen, die der Kaiser dem früheren Wahlreformminister Krstofsky gewährte. Die Kartellbankverhandlungen sind mit dem Zusammenbruch der Regierung zusammengefallen. Sie wissen, daß Österreich in der Bankfrage kaum nachgeben wird, und wenn darüber das ungarische Kabinettskabinett stürzt, haben sie noch zu gewärtigen, daß der von ihnen gefürchtete Wahlreformminister ins Kabinett kommt. Da Stoff sich zurzeit „krank“ ist, werden die Verhandlungen erst nach Ostern weitergeführt werden.

Die Wiedereröffnung des österreichischen Reichsrats fand gestern statt. Das Kabinett wurde im Abgeordnetenhaus von den Tschechisch-Madifalen mit anhaltenden Protesten und Abzügen, von der Rechten und den Polen mit lebhaftem Beifall empfangen. Bei anhaltendem Lärm der Tschechisch-Madifalen erklärte Ministerpräsident Wienert die neue Session des Reichsrats für eröffnet und ludet den Abg. Dr. Zunde ein, das Alterspräsidentium zu übernehmen. Die Begrüßungsansprache des letzteren ist nur zum Teil verständlich. Er hofft, daß die Session eine erfolgreiche, ungehörte und andauernde sein wird. (Beifall.) Anhaltender Lärm der Tschechisch-Madifalen. Der Geist der Versammlung erfordert ganze Männer und gemeinsame feste Entschlossenheit. Weder schließt mit einem Geisteserfolg aufgenommenen Koch auf den Kaiser.

Mit 237 von 440 Stimmen, bei Namensaufruf wird Johann Dr. Ballai zum Präsidenten gewählt, der die Wahl dankend annimmt und die Notwendigkeit einer Reform der Geschäftsordnung betont. Er appelliert an das Haus, seine Rechte durch ernste, sachliche Arbeit zum Wohle des Vaterlandes zu wahren. (Vehementer Beifall.)

Die italienischen Kammerwahlen. Aus sämtlichen 508 Wahlbezirken liegen jetzt Nachrichten vor. Danach wurden 209 Ministerielle wiedergewählt und 67 neugewählt; von der konstitutionellen Opposition wurden 42 wiedergewählt und 2 neugewählt; Radikale wurden 24 wiedergewählt und 12 neugewählt; Republikaner wurden 12 wiedergewählt und 5 neugewählt; Sozialisten wurden 18 wiedergewählt und 12 neugewählt; Katholiken wurden 5 wiedergewählt und 11 neugewählt. Es werden 72 Stichwahlen stattfinden. In 13 Wahlbezirken wird das Wahlergebnis von der Wahlprüfungskommission der Kammer entschieden. Aus 4 Wahlbezirken stehen die endgültigen Wahlergebnisse noch aus. In den Stichwahlen sind 144 Kandidaten beteiligt, davon sind 68 Ministerielle, 8 konstitutionelle Opposition, 25 Radikale, 28 Sozialisten, 5 Katholiken, 8 Republikaner und 2 Christlich-Soziale.

Die Regierungspartei hat so ziemlich auf der ganzen Linie gesiegt. Im großen und ganzen wird das Bild der Kammer nicht verändert werden. Trotzdem kann man sagen, daß das Wahlergebnis nicht als Ausdruck des Volkswillens gelten kann. In Betracht müssen gezogen werden: der Regierungspartei, der überall arbeitet, ausgenommen gegenüber den Radikalen, die mit Strawallen u. dergl. antworten würden; ferner die Tatsache, daß die Annapoliten — deren sind es in Italien viele — nicht wählen dürfen und daß die Katholiken, von einzelnen besonderen Fällen abgesehen, durch das Non expedit gehindert sind, sich an der Wahl zu beteiligen.

Türkei. Eine Vorhauhanleihe. Die Kammer ermächtigte die Regierung, eine Vorhauhanleihe in Höhe von einer Million türkischen Pfund mit 6prozentiger Verzinsung aufzunehmen, und zwar 500 000 Pfund bei der Banque Ottomane und der Deutschen Bank und 500 000 Pfund bei der Deutschen Orientbank.

Frankreich. Neue Kriegsschiffe. Dem Ministerat wird in den nächsten Tagen ein Projekt des Baues zweier Dreadnoughts unterbreitet werden.

Die Einkommenerneuerungsvorlage wurde von der Kammer nach langer Beratung und Verschleppung endlich mit 407 gegen 166 Stimmen angenommen. — Fünf Abgeordnete verlangen Verjagung der Beratung des Generalabstimmungs, bis die Handelskammer von der Regierung um ihren Rat befragt worden sei.

Die Erörterungen über den französischen Marinekredit wurden im Ministerat fortgesetzt. Finanzminister Galland und Marineminister Picard einigten sich bezüglich der für das Jahr 1909 anzufordernden Marinekredite. Finanzminister Galland hat dem Marineminister 30 Millionen an, dieser hat sich sogar mit weniger als 20 Millionen zufrieden erklärt, aber, daß für das Jahr 1910 70 Millionen notwendig seien. Der Finanzminister eroberte diese Forderung einwendigen. Donnerstag dürfte ein endgültiges Übereinkommen erzielt werden.

Ungarn. Das russisch-ungarische Finanzabkommen. In der am 9. ds. vormittags im Finanzministerium im Belien Miksa Radhas, Kowowas, eines Delegierten der Ottomankonferenz wurde das russisch-ungarische Finanzabkommen unterzeichnet.

Afrika. Desertion aus der Fremdenlegion. Das „Journal“ meldet aus Alger: Die Militärbehörde verhaftete einen Juuden des 3. Fremdenregiments, welcher desertiert war und sich nach Alger geflüchtet hatte. Eine Durchsuchung führte zur Entdeckung kompromittierender Schriften, wodurch erwiesen wird, daß die Desertion von einer in Alger nachweislichen Person betrieben wurde. Man glaubt, einer Deklaration auf die Spur gekommen zu sein, welche zu Desertionen aufreizt.

Amerika. Der amerikanische Zolltarif. Die aus Washington gemeldet wird, sieht die neue Tarifvorlage Maximal- und Minimalzölle vor; die letzteren sind, wie verläutet, durchschnittlich um 20 Proz. niedriger als die Maximalzölle.

Die Lage auf dem Balkan.

Mit einem wahrhaftigen Schneeeinsturm schreitet die Entwicklung der Dinge vorwärts, was für Österreich-Ungarn um so unangenehmer ist, als jeder Tag durch die Grenzbesetzung der Monarchie 130 000 Kronen kostet, bisher insgesamt 30 Millionen Kronen, während sich die Kosten der beabsichtigten Heeresausrüstung auf über 160 Millionen Kronen beziffern.

Aus Kreisen, die dem Wiener auswärtigen Amte nahe stehen, wird mitgeteilt, daß im Laufe des 9. März die Zustimmung Russlands zu der an die Mächte zu richtenden serbischen Note in Belgrad eingelaufen ist. Inwieweit sich nämlich in einem ausführlichen Telegramm die Note der serbischen Regierung gut geheißen und nur eine geringfügige Milderung vorgeschlagen.

Die Zirkulardepeche, die der serbische Minister des Auswärtigen, Dr. Milowandowitsch gestern an die Gesandtschaften in Petersburg, Berlin, London, Paris, Wien, Rom und Konstantinopel sandte, hat laut „Stf. Bl.“ folgenden Wortlaut:

„Den freundschaftlichen Beziehungen der kaiserlich-russischen Regierung entgegenkommend, beehrt sich die serbische Regierung folgende Erklärung an Sie zu richten, mit dem Wunsche, sie der Regierung, bei welcher Sie akkreditiert sind, mitteilen zu wollen:

Serbien erlaubt, daß seine rechtliche Stellung gegenüber Österreich-Ungarn nach der Proklamierung der Annexion Bosniens und der Herzegowina normal verbleibe ist. Es hat weder die Absicht einen Krieg mit der Nachbarmonarchie heraufzubewahren, noch wünscht es die rechtlichen Beziehungen dieser gegenüber zu ändern, indem es auf Grund der Gegenseitigkeit vorläufig, seine nachbarlichen Pflichten zu erfüllen und wie bisher mit ihr die Beziehungen aufrecht erhält, welche den gegenseitigen materiellen Interessen entsprechen.

Im Sinne des Standpunktes, auf dem es immer verharren wird, daß die bosnisch-herzegowinische Frage eine europäische Frage ist und daß es an den Signatarmächten des Berliner Vertrages ist, die Entscheidung sowohl bezüglich der Annexion als auch einer neuen Revision des Artikels 25 des Berliner Vertrages zu treffen, überläßt Serbien, der Weisheit und Gerechtigkeit der Mächte vertrauensvoll, ohne Reserve, diesen als kompetentem Gerichte seine Sache und fordert ferner von Österreich-Ungarn aus diesem Anlasse keine Kompensationen, weder territoriale, noch politische, noch wirtschaftliche.“

Es ist zu erwarten, daß diese Note Österreich-Ungarn nicht befriedigen wird, weil die Annexionsfrage durch die Konferenz endgültig entschieden werden soll. Österreich betrachtet sie als bereits entschieden; auch läßt sich Österreich von Serbien nicht vor ein Gericht stellen!

In der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses äußerte der Ministerpräsident Wienert, daß sich in letzter Zeit Angaben darüber gezeit hätten, daß sich in Serbien eine Bewegung zum Besseren vorbereite. Die österreichische Regierung sei bereit, mit Serbien in wirtschaftliche Verhandlungen zu treten in der Voraussetzung, daß dort eine fortreife Auffassung Platz greift und Serbien von seinen territorialen Forderungen in aller Form Abstand nehme. Trotz der Angelegenheit für eine Befreiung sei jedoch für Österreich Wachsamkeit und Zusammenfassung aller Kräfte geübt.

Serbien hat Absichten auf einen Teil des Sandstschak!

Nachdem man in Serbien eingesehen hat, daß es unmöglich sein wird, territoriale Kompensationen von Österreich-Ungarn zu erlangen, gibt man sich der Hoffnung hin, daß solche im Sandstschak, also auf türkischem Boden, im Bereiche der Möglichkeit liegen. Dadurch würde eine Verbindung zwischen Serbien und Montenegro hergestellt. Wie aus Belgrad vom 10. ds. gemeldet wird, ließ Kronprinz Georg den Kommandanten des Freiwilligen-Hilfskorps zu sich berufen und beauftragte ihn, dem Ausbruch der Nationalverteidigung mitzuteilen, daß Serbiens Forderungen unbedingt erfüllt werden würden und zwar entweder durch territoriale Konzessionen Österreichs oder durch solche von Seiten der Türkei. Der letztere Fall sei der wahrscheinliche und Ausland werde es übernehmen, die Türkei zur Abtretung eines Teiles des Sandstschaks zu bewegen. Die Kruppen müßten sich bereit halten, sofort nach dieser Abtretung in den Sandstschak einzuziehen und zwar noch ehe es darüber zu Konflikten zwischen Österreich und Serbien kommt.

Unter solchen Umständen ist es eine starke Zumutung an die Türkei, wenn von ihr verlangt wird, daß sie durch ihr eigenes Gebiet die Durchfuhr serbischen Kriegsmaterials gestatte. In Paris verlautet, daß außer Frankreich und England auch Russland die Durchfuhr serbischen Kriegsmaterials durch die Türkei beifürwortet. Dem Osmanischen Lloyd zufolge hat der vorgelegte Ministerrat beschlossen, nur eine teilweise Durchfuhr zu gestatten. Die Ladung des in Salonik eingetroffenen französischen Dampfers wird erst im Laufe einer bestimmten Zeit gelöst werden dürfen.

Zur Konferenzfrage

Will die Pariser „Liberte“ wissen, die Mächte würden, nachdem die serbische Antwort an Österreich-Ungarn die Eröffnung der Verhandlungen zwischen Wien und Belgrad ermöglichen werde, um den Anschein eines Dringens zu vermeiden, durch eine individuelle Vorstellung ihrer Vertreter in Wien die Einladung zur Konferenz ergeben lassen. Alle Mächte seien einig darüber, daß Österreich-Ungarn auch mit Serbien eine direkte Vereinbarung noch vor dem Beginn der Konferenz abschließen. Durch die Vorstellung in Wien solle lediglich die unabwiesliche internationale Matifizierung der österreichisch-ungarischen Aktionen vorbereitet werden.

Baden.

Karlruhe, 11. März 1909.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem außerordentlichen Mitglied der badischen historischen Kommission, Vorstand der Realsschule, Professor Dr. Christian Mober in Ueberlingen den Titel Doktor zu verleihen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat die Aktaare Jakob Müller beim Amtsgericht Billingen und Otto Fischer beim Amtsgericht Seelberg etatmäßig angestellt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen wurden den Eisenbahnassistenten Joseph Frohmüller in Waldkirch, Heinrich Weizner in Graben-Neuburg und Theodor Böhrer in Hohenheim unter Verleihung der Amtsbezeichnung Betriebsassistent etatmäßig angestellt von Bureau- und Abfertigungsbeamten übertrugen.

* Wie politische Lügen entstehen.

Bekanntlich hat das Mannheim sozialdemokratische Blatt für den Spätschnee, aus der Stelle eines Mittels im „Kathol. Volksboten“ zu schließen, das Zentrum würde in Schwächen eher den Sozialdemokraten als den Los von Kompromiß Klein unterliegen. Die „Volkstimme“ hat dabei wenigstens den Wortlaut der Stelle angeführt und so jedem Leser wenigstens ein einigermaßen objektives Urteil ermöglicht. Ein Korrespondent der „Straßb. Post“ geht indes weiter und schreibt gleich:

„Der Geistliche Rat Wacker schreibt im „Volksboten“, daß keiner der beiden evangelischen Pfarrer im Bezirk Schwegen-Wiesloch ohne Zentrumshilfe liegen könne, er sagt ganz deutlich, daß das Zentrum für den Pfarrer Karl und nötigenfalls eher noch für den Sozialdemokraten eintreten würde, als für den Pfarrer Klein. Der Hof des Zentrums gegen die Nationalliberalen erdrikt somit immer noch alle anderen Erwägungen.“

Wir werden uns nicht wundern, wenn ein drittes Blatt nun schreiben wird: Der Geistliche Rat Wacker fordert im „Kathol. Volksboten“ die Zentrumswähler auf, überall für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, wo Sozialdemokraten und Nationalliberalen im Kampf stehen. Es ist die reinste politische Staatschloßwirtschaft. Was die „Straßb. Post“ als im „Volksboten“ von Wacker „deutlich“ gesagt bezeichnet, ist eine alte Unwahrheit, die von einem Teil eines sozialdemokratischen Blattes und aus der Reichstagskammerdankliste des Mitarbeiters der „Straßb. Post“ stammt. Im „Kathol. Volksboten“ war lediglich der alte bekannte Zitat ausdruck gegeben, daß das Zentrum kein Interesse daran habe, einem nationalliberalen Los von Kompromiß sein Mandat von der Sozialdemokratie zu retten, so wenig es in umgekehrten Fall ein Interesse daran hätte, einen sozialdemokratischen Großwähler an Stelle eines nationalliberalen in den Landtag zu bringen.

Der Satz, daß der Hof gegen die Nationalliberalen immer noch alle anderen Erwägungen erdrikt, stimmt sich von einem badischen Nationalliberalen sehr fein aus. Im Jahre 1905 hat bekanntlich der Hof der Nationalliberalen gegen das Zentrum alle anderen Erwägungen erdrikt, so daß sie sogar ein formelles Abkommen mit der Sozialdemokratie abschließen, das lediglich gegen Zentrum und Konserve ist gerichtet war, während Wacker schon 1903 und früher von einer Möglichkeit des Zusammengehens von Zentrumswählern und anderen aus liberalen Wählern zur Verbindung der Wahl sozialdemokratischer Kandidaten sprach und Vorschläge machte. Und noch vor einer Woche erlaubte sich ein nationalliberaler Professor, die unerschämtesten, aber auch dümmsten Behauptungen und Verdächtigungen der vaterländischen Gesinnung der Zentrumspartei, aus denen einfach blick der Hof gegen das Zentrum sprach. Dann kommen nationalliberale Reichstagsmitglieder und verbreiten falsche Behauptungen über Zentrum und Zentrumsführer und sprechen heuchlerisch vom angeblichen Hof, der beim Zentrum alle anderen Erwägungen erdrikt.

Sind denn diese liberalen Reichstagsmitglieder so dumm oder so unehrlich, sich eine solche Verleumdung zu erlauben? Wir müssen wirklich einmal so fragen!

Erstverwahrung der Selbstfrage durch nationalliberale Amtverfünder.

Unter dieser Aufschrift eingereicht zu werden, verdient eine schiefer ungläubliche Leistung, welche in Nr. 50 vom 6. März der hiesigen bekannte Amtverfünder für Stöckel, genannt „Stöckelcher Tagblatt“, sich herausnahm. In einem Artikel mit der Ueberschrift „Um das liebe Geld“ läßt sich das Blatt in seiner gütigen Bösheit in folgender Weise aus:

„Die Selbstfrage hat doppeltes Interesse daran, nämlich viele Zentrumswähler unterzubringen, denn sie hofft dadurch zur Macht zu kommen, und nicht zuletzt auch als Aktionäre hohe Dividenden herauszulassen. Geld regiert die Welt, und Geld haben auch die Pfarrer lieber als Feind, davon zeugt die Tatsache, daß wohl auf Klagen der Geistlichkeit, Erzeugnisse im Neuroner Kloster sehr eingeschränkt werden sollen. Warum? Damit den Geistlichen das für die Erziehung zu zahlende Geld nicht hinausgeht. Wie schön sind die Herren nicht auf das Geld, das für das Bekleidungsbegehrt werden muß. Es werden da unter Vermittlung der Herren Leute herangezogen, die weiß Gott kein Interesse daran haben, an ihrem Geburtsort oder früheren Aufenthaltsort verbleiben zu werden, Leute, die die 3 oder 5 Mark monatlich kaum aufbringen. Das Mandat der Geistlichen bezüglich der Anweisung der Klösterblätter schwarzer Farbe, grenzt an unläuterer Arbeitserwerb, und jeder andere würde und könnte haben werden, aber hier heißt es dann: Wahrung berechtigter Interessen! Diese sind aber bei der Zentrumspresse vertrieben: Art. 1. Viele Abonnement geben Geld, 2. viele Abonnement machen Propaganda für's Zentrum, 3. viele Abonnement stärken die Macht und den Einfluss des Klerus.“

Eine ungläubliche geistliche Leistung! Aber nicht im Ehrgefühl in der nationalliberalen Presse. Ganz recht so! Wir brauchen Material für den Wahlkampf und solche sinnlose Verleumdungen beweisen am besten, welcher Hof gegen jene vorhanden ist im Liberalismus, welche die katholische Weltjüngere vertreten.

Es ist zweifellos, daß die Gründe, welche zu der Abstellung der Erzeugnisse im Kloster Neuron führten, auf dem Gebiet der Propaganda zu suchen sind. Aber ein liberaler Amtverfünder weiß das natürlich besser. Die Neuroner Klöster werden erkannt sein über die Klosterfreundlichkeit eines badischen liberalen Blattes, das sich so sehr für die Interessen der sogenannten „toten Hand“ ins Zeug legt. Sonst können liberale Blätter nicht genug schimpfen darüber, daß so viel Geld durch Klösterfabriken und dergleichen aus Klöstern außer Landes fließt. Diese Ansichtung des liberalen Blattes, so konsequent sie ist, bedeutet im übrigen eine schwere Verleumdung und Verleumdung des katholischen Klerus in Baden. Dasselbe gilt von der Verleumdung des Blattes über die Verleumdungen der Pfarrer nicht selten noch Auslagen entstehen, die sie aus eigener Tasche zulegen dürfen. Sicherlich erfolgen diese Verleumdungen nicht im Interesse der Pfarrer, denen dadurch nur Schreiberlein und Schreiberlein aller Art erwachsen und was die Erhebung der Weiblichen von armen Leuten betrifft, so ist es bekannt, daß die Geistlichen auf diese Einnahme in solchen Fällen regelmäßig verzichten. Ueberhaupt kann niemand nachschärfen sein in der Verbringung von rechtlichen Forderungen als die Geistlichen. Und die einfach aus Gutwilligkeit oder aus irgendwelcher sonstigen Rücksichtnahme nicht geltend gemachten Forderungen der Geistlichen belaufen sich mitunter auf nicht geringfügige Summen. Wer den geistlichen Stand in dieser Beziehung angeht, ist einfach ein verurteilbarer Wad.

Ueber die „fetten Tivolienden“ der Zentrumblätter wollen wir kein Wort weiter verlieren. Mit solchen

Artikeln ist bisher noch kein Pfarrer reich geworden. Der ganze Erguß des liberalen Blattes ist natürlich darauf berechnet, den Klerus bei den Wählern verächtlich zu machen und so für die kommenden Landtagswahlen vorarbeit zu leisten. Das beweist schon der Umstand, daß das „Stöckelcher Tagblatt“ bei jeder Gelegenheit, z. B. auch in seiner neuesten Nummer gegen den Pfarrer von Niedböhlingen, Amt Donauwechingen, einen Artikel bringt, worin natürlich für den dortigen Pfarrer gegen den Pfarrer Partei ergriffen wird. In der Sache liegt Sympathie. Daß das „Stöckelcher Tagblatt“ wie früher für Gröndinger, jetzt auch für den vom Bischof suspendierten Pfarrer Frenkel in Reitarfelden Partei ergreift, beweist die „Klerikalfreundlichkeit“ dieses Blattes ebenso sehr, wie seine „Klerikalfreundlichkeit“ dieses Blattes ebenso sehr, wie seine „Klerikalfreundlichkeit“ gegen die Euphrosina Pöschel. Aber die Verleumdung hat lange nicht eine solche verwegende und irreführende Wirkung auf das Volk, als wie solche Verleumdungen, die, weil auf die Gebührentreueren spezialisiert, um so eher und leichter geblendet werden.

„Unter keinen Umständen“

Die „Oberb. Korrespondenz“ schreibt: Die „Friedelberg“, 10. März. Die Meldung, daß Oberbürgermeister Dr. Wilkens unter keinen Umständen ein Mandat zum Landtag mehr annimmt, entspricht den Tatsachen. Schon früh nach Neujahr hat Oberbürgermeister Dr. Wilkens im engeren Ausschuss erklärt, daß es ihm aus dienstlichen und gesundheitlichen Gründen nicht möglich sei, nochmals für die zweite Kammer zu kandidieren. Sein Entschluß in dieser Hinsicht sei unumkehrbar. Eine entsprechende Mitteilung ist in der letzten Sitzung des weiteren Ausschusses von Herrn Professor Quener gemacht worden.

Wir begreifen wieder die gesundheitlichen noch die dienstlichen Gründe, welche für Wilkens sehr wohl ein Anlaß sein können, dem parlamentarischen Leben Valet zu sagen. Man ist jedoch nicht gezwungen, anzunehmen, daß Wilkens alles sagte und auch die inneren Gründe seines Rücktritts angab, so wenig dies bei Bing der Fall war. Und da ist es sicher bemerkenswert, daß Wilkens seinen Entschluß als unumkehrbar bezeichnet, einige Monate, nachdem Dr. Obkircher die Fingel der Partei in die Hand genommen hat und in den liberalen Reihen die größte Verwirrung herrscht. Wir glauben, daß diese Verhältnisse in enger Beziehung zu dem Entschluß des Abg. Wilkens stehen.

Das Aussehen der nationalliberalen Fraktion in der nächsten Landtagsperiode kann sich einwirken noch niemand recht vorstellen: Bing und Wilkens fehlen sicher, ebenso Schneider-Bahr und Notar Wehr-Heidelberg; von Mohrbühl ist es einwilligen noch unsicher, ob er wieder kandidiert; keine der führenden Persönlichkeiten hat bis jetzt einen Bezirk, von dem man mit aller Sicherheit behaupten kann, er sei unter allen Umständen sicher; auch Obkircher nicht. Es ist daher heute noch schwer zu sagen, wie die nationalliberale Fraktion aussehen wird.

In Wilkens verliert ebenso die nationalliberale Fraktion wie die Gesamtkammer einen hervorragenden parlamentarischen Arbeiter.

Landtagskandidaturen.

Aus dem Wahlkreis Bad. Land. Eine gestern (Mittwoch) nachmittag in Altmannsweyer stattgefundenen konservativen Vertrauensmännerversammlung stellte mit einstimmiger Beschlüssen und Kreditoffenrechner Johann Schönbel-Freienheim als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl auf.

Aus den Parteien.

Nächsten Sonntag findet in Karlsruhe eine nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung statt, die über die Kandidaturen für die Landtagswahl, insbesondere über ein einheitliches Vorgehen in den sozialdemokratisch oder freisinnig vertretenen Wahlkreisen, bezw. über Vereinbarungen für die einzelnen Wahlkreise beraten soll.

Vom Sommer-Fahrplan.

Karlsruhe, 10. März. Im Hinblick auf die Beratung des Eisenbahnrats sind über die Gestaltung des Sommerfahrplans sowohl seitens der Großh. Generaldirektion als seitens des Ministeriums des Großh. Landes und der auswärtigen Angelegenheiten eingehende Erwägungen gepflogen worden. Auf Grund derselben hat der Minister entschieden, daß der dem Eisenbahnrat vorgelegte Fahrplankonzept, der dem Wegfall einiger Züge, insbesondere auch zweier bescheidenster Personenzüge auf der Hauptbahn vorzuziehen, im wesentlichen aufrecht erhalten werden soll. Wahrgelassen für diese Entscheidung war H. „Klaris“ Zeitung“ in erster Reihe die gegenwärtige äußerst ungünstige finanzielle Lage unserer Staatsbahnen, die besonders darin hervortritt, daß die Reineinnahmen 1908 nicht einmal zur Deckung des Zins- und Unterhaltungsdienstes hinreichen, jedoch aber auch die Erwägung, daß kein dringender Verkehrsbedarf für die Weiterführung der in Wegfall kommenden Züge vorliegt. — Eine Veränderung der bescheidensten Personenzüge war von diesem Gesichtspunkte aus nicht zu vermeiden. Außerdem wird eine hinlängliche Anzahl dieser Züge auch in der Sommerfahrplanperiode geführt werden. Die übrigen Mitglieder des Großh. Staatsministeriums haben mit diesem Vorgehen des Eisenbahnrats sich einverstanden erklärt. Auf der Reichsbahn sollen die Abendzüge von und nach Oppenau, welche in dem Fahrplankonzept nur für Sommer- und Herbsttage vorgesehen waren, täglich geführt werden, ebenso zwei Zugpaare auf der Strecke Seelbach-Waldkirch, deren Einstellung vom 1. Mai ab beabsichtigt war.

IIIb oder 4?

Aus Baden, 10. März. Die badische Staatseisenbahn läßt eine neue Wagenartung bauen. Sie entspricht den neuen zweischlägigen württembergischen 4. Klasse-Wagen. Die neuen badischen Wagen werden in die Personenzüge Karlsruhe-Stuttgart eingestellt, um den Unterschied zwischen den badischen 3. b-Klasse und der württembergischen 4. Klasse auszugleichen. Die Wagen erhalten dieselbe Ausstattung wie die württembergischen 4. Klasse-Wagen. Die Klassenbezeichnungen sind jedoch zum Auffassen eingerichtet. Auf der einen Seite steht die Zahl III, die bis Wäldkirch sichtbar ist; dort wird der Schild hochgeklappt und die auf der Rückseite befindliche Zahl 4 bleibt sichtbar, solange der Wagen in Württemberg fährt. Die Wagen, die Stuttgart werden demnach in Bestellung gegeben. Zur Vereinfachung und Vermeidung des Schrift-

und Hinanflatterns könnte man vielleicht die Wagen einfach als 2 Wg.-Wagen bezeichnen, und dies mit dem Zeichen 2 3 zum Ausdruck bringen; auch „Klappwagen“ wäre keine ible Bezeichnung.

Zur Neuordnung der Einteilung der Gemeinden in die Ortsklassen des Wohnungsgeldtarifs.

Seidelberg, 10. März. Im Hinblick auf die im letzten Landtage von den beiden Kammeren der Landstände geführten Wünsche wegen Neuordnung der Einteilung der Gemeinden in die Ortsklassen des Wohnungsgeldtarifs werden zurzeit, um die bestehende Einteilung der Gemeinden in die Ortsklassen einer durchgreifenden Prüfung unterziehen zu können, die hierzu erforderlichen Erhebungen in Verbindung mit den auf Grund von § 2 Absatz 3 des Wohnungsgeldtarifgesetzes vom 12. Juni 1902 im laufenden Jahre zu machenden Feststellungen vorgenommen und auf sämtliche Gemeinden des Landes, in denen ortsständige Beamte ihren Wohnsitz haben, ausgedehnt. Wie dem „Seidelberger Tagblatt“ geschrieben wird, hat zu diesem Zweck jeder ortsständige Beamte ein Formular auszufüllen, in dem die Zahl der von ihm bewohnten Zimmer, sowie die Höhe des von ihm bezahlten Mietzins und der damit etwa verbundenen sonstigen Aufwendungen, wie Wasser, Beitrag für Abortentleerung, Kaminreinigung usw. angegeben wird. Die Vorlage der ausgefüllten Formulare an die einzelnen Ministerien hat bis spätestens 1. April zu geschehen.

Am Finanzministerium ist bereits eine Kommission zur Vorbereitung der Neuordnung des Wohnungsgeldes gebildet worden.

Mannheim, 10. März. Der hiesige jungliberale Verein hat gestern Abend beschlossen, dem am 20. und 21. März in Baden-Baden stattfindenden Vertretertag folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Der Landesverband jungliberaler Vereine Badens zu bebauen das Scheitern des Volks in Baden. Er hofft im Interesse des Volkswohlens einer liberalen Einigung bei den kommenden Landtagswahlen, daß bei Engenommen auf allen Seiten der verschiedenen liberalen Gruppen ein Zusammengehen bestanden in bestimmten Wahlkreisen doch ermöglicht wird, um einen Sieg des nicht liberalen Gegners zu verhindern.

2. Der jungliberale Vertretertag mitbilligt die mit liberalen Grundgedanken unvereinbare Haltung der nationalliberalen Parteileitung im Wahlkreis Alzen-Weingarten auf das Entschiedenste und bedauert, daß durch die Unentschiedenheit der Liberalen nunmehr schon zwei Reichstags- und Abgeordneten- und Werten — dem Liberalismus verloren gegangen sind.

3. Der Vertretertag ersucht die nationalliberale Fraktion des künftigen Landtages, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß die Parteien des Vermögenssteuerrechtes, wie sie sich insbesondere für den Grund- und Hausbesitz in den größeren Städten fühlbar gemacht haben, durch eine geeignete Reform gemildert werden.

4. Der Vertretertag spricht die Erwartung aus, daß die nationalliberale Fraktion des kommenden Landtages die berechtigten Interessen von Handel, Industrie und Kleinindustrie in entscheidender Weise wahrnehmen wird, nicht aber auch an Konsumsteuer, Zinssteuer und Handwerker das dringende Gesuch, im Rahmen der liberalen Partei sich im eigenen Interesse reger als bisher am politischen Leben zu beteiligen, da die überlastete Reichsregierung ihrer Interessen in erster Linie in dem Augenblick der parlamentarischen Befähigung der Erwerbstätigen ihre Aufgabe findet.

Wieder ein sozialdemokratischer Schwindel.

Der „Volksfreund“ ließ sich jüngst von einem angeblichen Kassauer schreiben:

„Der Kassauer Bischof ist selbst Großgrundbesitzer und hat als solcher natürlich ein großes Interesse daran, daß die Dienstboten zufrieden und bescheiden das ihnen auferlegte Kreuz der Ausbeutung tragen. ... Auf dem Schloßhof Vieh in Oberbahren, das Eigentum des Bischofs von Nassau ist, herrscht als Verwalter ein Bruder des Bischofs, ein Begleitmann a. D. Auf diesem Hof werden eine größere Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von früh 6 Uhr bis abends 7 Uhr. Es erhalten männliche Arbeiter 120 Mark, weibliche Arbeiter 1 Mark pro Tag, ohne Wohnung. Im Winter wird dieselbe Summe um je 20 Pfennig pro Tag reduziert. Sein Bruder also, wenn der Bischof von diesen Lohnhöhen die Aufsicht führen lassen will. Wie hat doch Jesus von Nazareth gesagt: „Sammelt Euch keine Schätze auf Erden!“ Der gilt natürlich auch für seine Leuten, aber die angeblich Gott in seinem unerforschlichen Ratsschick die Freiberger, Grafen und Fürsten geteilt hat. Diese selbst dürfen die Steuern sammeln und werden dafür im Himmel noch erloht belohnt. Wie kann man's doch, wenn die Erde ein Paradiesparadies wäre — für die katholischen Freiberger, Grafen und Fürsten.“

„In der Neuen Wäldener Zeitung“ glaubte — auch ein Kassauer — nicht an diese auf den ersten Blick als geschäftliche Tendenzarbeit zu erkennende Darstellung und wandte sich an die zuständige Stelle und bekam von dort folgende Auskunft:

„Der die Verhältnisse hier kennt, muß unwillkürlich laut aufschreien, wenn er die Schilderung des sozialdemokratischen Blattes liest. Seit mehr als zehn Jahren betreibt sich die hiesige Defonomie in Regie. Es handelt sich dabei um ganze 45 Hektar Acker und 90 Hektar Wiesen, Tagelohnarbeiter und Arbeiterinnen, die nur auf Tagelohn angewiesen wären, gibt es hier gar nicht. Die gewöhnlichen Arbeiten werden von Leuten und Mädchen ausgeführt. Nur bei Ernte- und außerordentlichen Arbeiten werden Fremde, und das sind vielfach Leute, die bereits die Mittel mehr zu Lohnarbeiten angenommen würden. Diese erhalten nun als Tagelohn 180 Mark, bzw. niedriger, ich muß aber hier bemerken, daß dies der häßliche Tagelohn ist, und daß die hiesigen Vergewaltigen in keiner Weise mit denen von Industrie- und Bergbau verglichen werden können. Hier kostet u. a. das Fruchtsägen nur 1 Mark pro Tag, am Morgen und endet nicht um 7 Uhr abends, sondern am Winter von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, (im Sommer von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends) — unterbrochen durch Mittagspause und ausgiebige Weideweid im Laufe des Vornachmittags. Länger als bis 6 Uhr abends gearbeitet, so werden immer Überstunden bezahlt. Wie liberal gewirkt für diesen kleinen Defonomiebetrieb (ohne jeden Nebenbetrieb) jährlich weit über 5000 Mark an Löh-

nen und Tagelöhnen gezahlt werden, und daß in den letzten 10 Jahren der Betrieb überhaupt nur ein einzigesmal eine Rente abgeworfen hat und das nicht einmal zu 1/2 Prozent! Wenn verpackt wäre, oder statt einem „Freiberger“ ein Großgrundbesitzer das Gut bewirtschaften würde, dann müßte ganz anders stramm verfahren werden, um existieren zu können. Die hiesige Bevölkerung weiß es auch sehr wohl zu schätzen, daß eine Gutsherrschaft da ist, die nicht auf eine Rente aus dem Grundbesitz angewiesen ist und jährlich zahlreiche Luxusausgaben macht, die den Leuten zugute kommen. Gegenüber den Angriffen darf auch darauf hingewiesen werden, daß der hochwürdige Herr Bischof der Gemeinde schon vor vielen Jahren ein Armen- und Versorgungshaus samt etwas Grundbesitz geschenkt hat und daselbe jährlich mit 4000 Mark dotiert; ich selbst gebe jährlich mindestens 1000 Mark für Unterhaltungen und gemeinnützige Zwecke in der Gemeinde her. Man spricht nicht gern von solchen Dingen, aber die Angriffe dürften es wohl rechtfertigen. Wenn irgendwo, so kann man es wahrhaftig hier sagen, daß nicht die Herrschaft von den Leuten, sondern die Leute von der Herrschaft leben. Die Defonomie leitet als Haushalter nicht etwa ein norddeutscher Arbeiterführer oder ein studierter stammer Defonom, sondern ein Mann, der in der Gemeinde selbst geboren ist und aus den besten Kleinrenten herangekommen ist, die zu Tagelohnarbeiten herangezogen werden.“

In einem weiteren Schreiben heißt es:

„An Unterhaltungen und Pensionen früherer Bediensteter, zu denen man nicht im mindesten verpflichtet wäre, werden jährlich mindestens 2000 Mark von Herrn Bischof ausgezahlt. Ein „Ausbeutender“ der Arbeiter durch den Herrn Bischof diene zur Nachricht, daß derselbe in den letzten 12 Jahren nie auch nur einen Pfennig aus seinem Grundbesitz bezogen hat. Wenn man nicht zur rechten Zeit dazwischen wäre, würde er überhaupt alles, was er hat, verpfänden, wie er ja auch vor mehreren Jahren ein ihm erblich zugesprochenes Anwesen in München, welches auf 400 000 Mark gewertet war, einfach zu Stückhänden und gemeinnützigen Zwecken verpfändet hat. — „Sammelt Euch keine Schätze auf Erden!“ ist da ganz an die falsche Adresse gekommen.“

Der sozialdemokratische Schwindelhuber ist also mit andern Worten böse heringefallen. Aber der „Volksfreund“ und andere sozialdemokratische Blätter nehmen ja alles auf, wenn es nur gegen die Geistlichen geht.

Lokales.

Karlsruhe, 11. März 1909.

Zentrumsversammlung. Wir machen nochmals auf die heute Abend im unteren Saale des Café Nowak stattfindende öffentliche Versammlung der Zentrumspartei aufmerksam, in der Herr Landtagsabgeordneter Amtsgerichtsdirektor Gieseler-Mannheim sprechen wird über: Die Vermögenssteuer und ihre Einführung in die Gemeindebesteuerung!

Das Kaiserparade. In der Kaiserparade haben die Besuche seine Getreue zu einer hochinteressanten Reise in die Wohnorte nach Kleinfeldern ein. Erwähnt zu werden verdienen bei dieser Reise insbesondere: die Abfahrt von Trieb; Gewitterbildung auf hoher See; Panoramata und Besuche von Kirzahn; Alben mit seinen alten Kunstbauten. Empfindlich, das als zeitlichste Stadt bei der Reise nicht immer gut fährt, ähnlich ergeht es Mühlense und Hormanzen. Wir leben uns sehr gerne diese Städte einer niedergegangenen Kultur an, denen erst in allerjüngster Zeit die Sonne einer anderen, besseren Zivilisation von Welten her aufzugehen scheint. Es ist immerhin sehr interessant, Vergleiche zwischen deutscher und türkischer Kultur ziehen zu können und dabei die Trümmer hoher altgriechischer Kultur zu bewundern.

Aus dem Gerichtssaal.

E. Karlsruhe, 5. März. (Strafkammer I.) Unter der Anklage wegen Eitelkeitsverbrechens stand der Eisenbedrager Karl Seufert aus Durlach vor der Strafkammer. Der Fall wurde in geheimer Sitzung verhandelt. Der Angeklagte, der sich am 24. Januar auf dem alten Kirchhof dabei gegen den § 176 Riff. 3 N. St. G. B. weigerte, wurde unter Anrechnung von 4 Wochen Untersuchungshaft mit 10 Wochen Gefängnis bestraft.

Zwei Fahrverordnungen beging Ende Dezember d. J. hier der schon mehrfach verurteilte 23 Jahre alte Schloßher Bedrager aus Karlsruhe. Er entwendete am 24. Dezember ein vor der Wirtshaus Moninger stehendes Fahrrad im Werte von 60 Mk., das dem Daniel Baum hier gehörte. Das Rad gab er bei dem Möbeltransporter Straker auf Lager und ließ sich von diesem darauf 10 Mk. die hierüber ausgestellte schriftliche Befugnis unterzeichnete er mit Karl Maier. Dem Straker gab er an, er heiße Maier und das Rad sei sein Eigentum. Am 30. Dezember stahl sich der mit dem Rad zum alten Joh. Wloß gehendes Fahrrad im Werte von 60 Mk. Da er dieses Rad nicht wieder selbst zu Straker bringen und verpfänden konnte, beauftragte er damit einen Bekannten, der von dem Diebstahl nichts wußte, der aber während er sich bei Straker befand, verhaftet wurde. Es gelang dem Bekannten, sich wegen Diebstahls zu verantworten, der sich hatte sich heute wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrugs im Rückfall zu verantworten. Er erhielt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

E. Karlsruhe, 5. März. (Strafkammer IV.) Ein etwas ungenanntes Bild soll heute der Sitzungssaal der Strafkammer. Vor dem Gerichtssaal war ein förmliches Warenlager aufgestellt, das man bei einer Hausdurchsicht in der Wohnung der Ehefrau Sophie Purkart geb. Weich aus Sandwiler gefunden hatte. All die Gegenstände, die da zusammengetragen waren, rührten von zahllosen, von der Durlach meist an Markttagen in der Zeit vom 20. September bis 27. Dezember in Sandwiler und Nassau vertrieben Diebstählen her. Sie hatte in der angegebenen Zeit einen Frau Kleinhaus von einem Handwagen hinweg einen Korb mit Dornen, Soden und Eichen und einer Frau Reich ebenfalls aus einem Wagen ein Paket mit Scherben, Stoffen und Lebensmitteln in Nassau von einem Markttag einen Handwagen mit Butter, Schinken und Zucker, im Galtshaus zum „Dothen“ einen Korb mit Stoffen und verschiedenen Waren, aus einem Korb in der Kapellenstraße eine Schachtel mit einem Pelz, im Galtshaus zum „Anker“ aus einem Korbwagen einen Korb mit Stoffen, Käse, Salzstücker, Butter und Würsten, von einem in der Kaiserstraße stehenden Wagen einen Korb mit verschiedenen Waren und aus einem vor der Schloßwirtshaus haltenden Wagen ein Paket mit Schürzen und Stoffresten entwendet. Am 24. Dezember versuchte die Angeklagte in der Mansardenwohnung des Galtshaus zum „Schiff“ im Nassau einen Diebstahl auszuführen. Sie wurde aber von dem Dienstmädchen dabei überführt und ergriß daraufhin die Flucht unter Zurücklassung ihres Korb. Der Polizei gelang es

balb, die Eigentümerin des Korb in der Person der Purkart zu ermitteln. Durch eine Hausdurchsicht wurden dann auch die von dieser begangenen Diebstähle aufgedeckt. Die Angeklagte war heute in der Hauptphase gefällig. Das Gericht erachtete sie in sieben Fällen für überführt und erkannte unter Anrechnung von 1 Monat und 2 Wochen Untersuchungshaft auf 10 Monate und 2 Wochen Gefängnis.

Unter Anrechnung der Defektivität kam die Anklage gegen den 22 Jahre alten Tagelöhner Theodor Herr aus Balg wegen Eitelkeitsverbrechens zur Verhandlung. Der Angeklagte, der sich am 17. Januar in Balg im Sinne des § 176 Riff. 3 N. St. G. B. weigerte, erhielt abzüglich der seit 23. Januar verübten Untersuchungshaft 6 Monate Gefängnis.

In geheimer Sitzung hatte sich die 22 Jahre alte Verkäuferin Luise Katharina Hermann aus Baden und daselbst wohnhaft wegen Abtreibung zu verantworten. Der Fall endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu 2 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

Das Schöffengericht Nassau bestrafe in seiner Sitzung vom 21. Januar den Schloßer Karl Friedrich Kopp aus Nassau wegen Körperverletzung mit 3 Monaten Gefängnis. Wegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, die aber als unbegründet verworfen wurde.

Vermischte Nachrichten.

Hd. Hume, 10. März. Der Triester Dampfer Ariemata ist bei der Einfahrt in den Hafen von Sebenico auf einen Felsen aufgefahren. Das Schiff erlitt ein großes Leck und glitt aus dem Hafen. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Hd. Berdeg, 10. März. Die Mannschaft des bei Reich geleukten Dampfers Nairo ist von einem englischen Dampfer gerettet und nach Berdeg gebracht worden.

Steinheil-Affäre. Hd. Paris, 10. März. Die Witwe Steinheil richtete an den Untersuchungsrichter André einen längeren Brief, worin sie ihn auf Grund des letzten Verdicts ersucht, sie in Freiheit zu setzen. Sie führt ihr Verbot auf eine ganze Anzahl Argumente, worin sie die Unhaltbarkeit der gegen sie erhobenen Beschuldigungen darlegt.

Starke Strafe. Hd. Glogau, 10. März. Das Obergerichtsgericht des 6. Armeekorps verurteilte den Kanonier Paul Nzonza vom 6. Infanterieregiment wegen Geiselnahmeverweigerung z. gegen einen Vorgesetzten zu 4 Jahren Gefängnis.

Erdbeben. Hd. Rijaban, 10. März. Mehrere leichte Erdstöße sind gestern in der Provinz Mincho verspürt worden.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Berlin, 10. März. Der türkische Minister des Aeußeren, Nisafat Pacha wird, wie der „Lokal-Anzeiger“ von mogehender Stelle erfährt, auf seiner Reise nach Petersburg um 12 Stunden in Berlin verweilen und sich absondern gleich nach Wien begeben. Den kurzen Aufenthalt in Berlin wird der Minister zu Verhandlungen im auswärtigen Amte benutzen. Die Gänge der türkischen Verhandlungen auf dem Balkan nicht auf eine Abreise zwischen den beteiligten Staaten deuten und eine scheinbare Annäherung des Ministers in Wien und Konstantinopel daher dringend nötig machen.

Generalstaatsanwalt Dr. Jendiel hat vom Justizminister einen sechsmonatlichen Urlaub erhalten. Der Justizrat Jendiel, der gestern auch einen Schlaganfall erlitten hat, ist nach wie vor bedenklich.

Verabschiedung des Dr. Solle? Hd. Berlin, 10. März. Die Verabschiedung des Stufenministers Dr. Solle ist, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nunmehr endgültig beschlossen. Die offizielle Mitteilung dürfte bereits in aller nächster Zeit erfolgen.

Preussischer Landtag.

Hd. Berlin, 10. März. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Einzelberatung der Vorlage betr. das Kommunal-Steuer-Privileg der Beamten, Geistlichen und Lehrer fort. Es gelangte ein konservativer Antrag zur Annahme, der Maßnahmen fordert, um in den Landesteilen mit Sozialisten-Schulen die billige Mehrbelastung der Beamten, Lehrer, Geistlichen und unteren Kirchendiener möglichst bald zu beseitigen. Der Paragraf 2, nach welchem das Kommunal-Steuer-Privileg bestehen bleiben soll für diejenigen Beamten, Geistliche, Elementar-Lehrer und untere Kirchendiener, welche vor dem 31. März d. J. in das Amtverhältnis eingetreten sind, wurde mit einem konservativen Antrag Abrens angenommen, der in Konsequenz der gestrigen Beschlüsse das Kommunalsteuer-Privileg der Geistlichen aufrecht erhält, aber die Regierung ersucht, mit den zuständigen Kirchenbehörden sich darüber ins Benehmen zu legen, unter welchen Voraussetzungen die Befreiung der Geistlichen von der Gemeindesteuer aufgehoben werden kann. In Paragraf 4 wird der Kommissionenbeschluss gestrichen, wonach die Zuschläge zur Einkommensteuer, wenn sie den Satz von 100 Prozent übersteigen, den Kreis je inwieweit verbleiben soll, als die Kreise zur Deckung ihrer Bedürfnisse die Einkommensteuer mit Umlagen heranzuziehen. Damit ist die erste Lesung dieses Gesetzes erledigt. Es folgte die erste Lesung der Novelle zum Stempelsteuer-Gesetz, die nach längerer Debatte an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen wurde. Morgen dritte Lesung der Vorlage betr. Beamten-Privileg und Wohnungsgeldzuschuß sowie Mantelgesetz, ferner zweite Lesung der Gesetzordnung für Medizinalbeamte.

Die Subkommissionstätigkeit der Reichsfinanzkommission.

Hd. Berlin, 10. März. Die Finanz- und Steuer-Kommission des Reichstages letzte heute Vormittag die Beratung der Tabaksteuer fort. Der Direktor des Reichsschatzamt, Kühn, erklärte, daß ein Monopol im Reichstage keinen Boden finde. Bei einer Gewichtsteuer sei unter 210 M. Zoll und 110 M. Steuer nicht auszufinden. Die Vandalerei sei immer noch die gerechteste und am wenigsten drückende Steuer. Der Schatzsekretär ernah die Subkommission. Die Regierung würde gern auf die Strömungen im Gewerbe Rücksicht nehmen, sie habe aber Entgegenkommen nicht gefunden. Bei der Abstimmung wurde beschlossen, die Beratung über Paragraf 2 der Vorlage auszuheben und das Gesetz einer Subkommission zu überweisen. Der nationalliberale Antrag, die Vandalerei bereits jetzt abzulehnen, wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, wirtschaftlichen Vereinigung, Freiwillichen und Sozialdemokraten abgelehnt. Der Antrag der

wirtschaftlichen Vereinigung, daß die Subkommission Erörterungsvorschläge machen solle, wurde gegen deren Stimmen abgelehnt. Morgen soll über die Branntweinsteuer beraten werden.

Hd. Berlin, 10. März. Wie verlautet, ist der Beschluß der freiwillichen Fraktionsgemeinschaft, der ja die Basis des Weisitzer-Kompromisses bildet, mit nur 4 Stimmen Mehrheit gefaßt worden, denn von 50 oder 51 in der freiwillichen Fraktions-Gemeinschaft vereinigten Abgeordneten haben nur 22 der Vorbehalt-Kompromiß-Politik zugestimmt. 13 Abgeordnete waren dagegen und 5 haben sich der Stimme enthalten. 10 bis 11 Abgeordnete indeß haben in jener wichtigen Sitzung gefehlt.

Zur Konferenzfrage.

Hd. Wien, 11. März. Von diplomatischer Seite wird mitgeteilt: Gibt die serbische Regierung in ihrer Zirkularnote an die Mächte wirklich alle Erklärungen ab, von denen man in Petersburg, Paris und London wissen will und erhält Oesterreich-Ungarn von den Kontrahenten die bestimmte Zusicherung, daß die Konferenz außer der Donau-Briva-Bahn und der Aufnahme Serbiens in die Donau-Kommission keine der übrigen schwebenden Fragen berühren wird, so könnte Oesterreich-Ungarn allerdings die Konferenz beschicken. Damit wäre aber die Frage der serbischen Abreise nicht gelöst und diese ist mit Rücksicht auf die Oesterreich-Ungarn aufzuweisende Bereitschaft von der allergrößten Bedeutung.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Oesterreich und Rumänien sind gescheitert!

Hd. Bukarest, 11. März. Die bisher wegen der Erneuerung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn gepflogenen Unterhandlungen sind gescheitert, weil Rumänien in der Frage des Vieh-Exportes keinesfalls nachgibt. Es verlautet, daß trotzdem von rumänischer Seite keine Kündigung erfolgen wird, vielmehr will man Oesterreich Zeit gewinnen lassen, die gewünschten Konzessionen einzuräumen. Im Falle der Kündigung würde der alte Vertrag auf ein Jahr in Kraft bleiben. Rumänien hat an der Erneuerung des Vertrages ohne das Zustandekommen einer Veterinär-Kommission wenig Interesse. Hingegen ist für das Land die Wiederbelebung seiner einst blühenden Viehzucht von größter Bedeutung.

Aus Maroffa.

Hd. Madrid, 10. März. Telegramme aus Tanger berichten, daß Muley Hafid beabsichtigt, in Paris eine permanente morokkanische Gesandtschaft zu errichten. Der neue Gesandte werde wahrscheinlich gleichzeitig Vertreter Maroffas in Paris und Madrid sein.

Handel und Verlehr.

Mannheim, 10. März. (Effekten-Börse). Die heutige Börse verlief in ruhiger Haltung. Begehrte blieben: Göttinger Spinnerei-Aktien zu 110 Proz. und Jüterbog-Baugewerks-Aktien zu 138 Proz. Dagegen waren am Markt: Aktien des Verein chem. Fabriken zu 298 Prozent und Gieselerbrunn-Aktien Worms zu 82 Proz.

Frankfurt a. M., 10. März. (Einkaufsliste 1 Uhr 45 Min.) Wechsel: Amsterdam 163.20, Antw. 808.25, London 204.95, Paris 812.33, Wien 664.33, Brüssel 214.71, 3 1/2 %/4, Reichsanleihe 95.90, 3 1/2 %/4, Deutsche Reichsanleihe 86.50, 3 1/2 %/4, Kreuzische Anleihe 95.90, Oesterreichische Goldrente 98.25, Oesterreichische Silberrente 98.30, 3 %/4, Portug. 1 58.85, Badische Bank 133.40, Deutsche Bank 244.80, Leherr, Länderb. 110.40, Rhein. Kreditb. 136.30, Rhein. Hypothekend. 137. —, Tioman 141. —, — 3 1/2 %/4, Boden abgt. 96.30, 3 1/2 %/4, Boden in Wert 96.25, 3 1/2 %/4, do. 1900 95.80, 3 %/4, do. 1898. —, Rab. Zinserditt 138. —, Schwedt 118.80, Waischenfabrik Ostrower 201.50, Reichs- und Reichsbankaktien 193.50, Hamburg-America 110.50, Norddeutscher Lloyd 88.20.

Berichtungen. (Ohne Gewähr.)

Augsburger 7 Gulden-Lose. Bei der am 1. März stattgefundenen 89. Prämienziehung der Augsburger 7 fl.-Lose wurden folgende Gewinne gezogen: 6000 fl. gewinnt Serie 48 Nr. 89; 1000 fl.: S. 861 Nr. 93; je 100 fl.: S. 142 Nr. 4, S. 280 Nr. 64, S. 306 Nr. 44, S. 503 Nr. 13, S. 1082 Nr. 36; je 75 fl.: S. 48 Nr. 100, S. 142 Nr. 38, S. 245 Nr. 45, S. 280 Nr. 43, 44 und 49, S. 396 Nr. 70, S. 1540 Nr. 49, S. 2047 Nr. 12 und 91; je 30 fl.: S. 48 Nr. 38, 43, 70, S. 67 Nr. 7, 43, 75, 91, S. 110 Nr. 7, S. 142 Nr. 28, 74, 92, 97, S. 245 Nr. 36 und 90, S. 306 Nr. 42, 66, 94, S. 488 Nr. 14 und 82, S. 503 Nr. 29, 31, 44, 49, 75, 93, S. 583 Nr. 20, 64, 96, S. 851 Nr. 2, 30, 72, 87, S. 1082 Nr. 9, 57, 81, S. 1174 Nr. 26, 76, S. 1489 Nr. 48, S. 1512 Nr. 8, 39, 86, 87, 88, S. 1640 Nr. 17, 100, S. 1844 Nr. 9, 12, 27, 63, S. 1875 Nr. 20, 27, 28, 37, 45, 46, 67, 76, S. 1878 Nr. 73, 80, S. 2047 Nr. 3, 17, 33 und 84.

Wetterber. auf dem Central-Bl. für 5. April. und Wetterber. auf dem Central-Bl. für 11. März 1909.

Die Witterungsverhältnisse hat sich seit gestern nur insofern etwas geändert, als das Maximum über dem Nordosten Europas die Depression über Fronten abgenommen haben und dadurch die Luftdruckverhältnisse geringer geworden sind. Das Wetter ist bei anhaltenden nördlichen bis östlichen Winden in Deutschland vorwiegend trüb und trocken; im Südwesten herrscht Tauwetter, sonst noch Frost. Eine wesentliche Witterungsänderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Tagesskalender.

Donnerstag, den 11. März.
 9 Uhr Hotel-Landsberg.
 Kathol. Gesellenverein. Halb 9 Uhr Vereinsabend.
 R. thol. Arbeiterverein. Halb 9 Uhr Gesangsprobe.
 Pöhlbecker. 8 Uhr Vertikulation.
 Koloseum. 8 Uhr Vertikulation.
 Friedrich Hof. Heute Abend spielt die ungarische Künstlerkapelle in der Werkstatt.
 Café Kaiser-Restaurant (Ecke Kaiser- und Kronenstraße). Täglich abends Künstlerkonzert.
 Freitag, den 12. März.
 Winthorkbund. Unterrichtsabend.

Groß. Hoftheater.

Donnerstag, 11. März. Abt. B. 45. Abt. C. Vorstellung: Hroder und Hartmann, Tragedie in 5 Akten von Hebel. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr.

Das Bankhaus
Veit L. Homburger, Karlsruhe
 Karlsruherstraße 11 Telefon 36 u. 208
 besorgt alles in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

1909

Frühjahrs-Neuheiten

1909

Damen-Kleider- und Blusenstoffen :: Damen- und Kinder-Konfektion ::

Kostümen :: Paletots :: Staubmänteln :: Blusen :: Kostümröcken

empfiehlt

in unübertroffener Auswahl bei hervorragend billigen Preisen

M. Schneider

Kaiserstrasse 181

Inh.: H. Kahl

Ecke Herrenstrasse.

Es geben erliegen in unserem Verlage und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Predigten für die Sonntage des Kirchenjahres

von F. Forstner
Päpstlicher Hausprälat, Vikar zu St. Quintin in Mainz
(Herausgeber der „Sozialen Briefe“)
Mit kirchlicher Approbation

8°. (X u. 414 S.) Preis geb. M 2.80; geb. M 3.50.
Hr. Forstner, der hervorragende Vorkämpfer auf dem Gebiete sozialer Bestrebungen, genießt auch als Kanzelredner einen anerkannt bedeutenden Ruf. Langjährige Erfahrung und sichere Beobachtungsgabe des geschätzten Theologen und Sozialpolitikers sorgen für eine treffliche Auswahl und bieten den vielbeschäftigten Seelsorgern ein vorzügliches Hilfsmittel in der Vorbereitung zur sonntäglichen Verkündigung des Wortes Gottes im Hochamt und Spätmesse. Es sind treffliche, zu Herzen gehende Predigten, Weiterführende der Homiletik.

Verlag Kirchheim & Co. in Mainz

Karlsruhe. — Im grossen Rathaussaal
Freitag, den 12. März 1909, abends 8 Uhr,
Wissenschaftlich-künstlerischer Vortragsabend mit Atem- und Stimm-Demonstrationen

Jeanne van Oldenbarnevelt

Spezialistin für Gesang, Deklamation, hygienisch Sprechen und Atemgymnastik in Berlin über
Die Atmungskunst des Menschen im Dienste der Kunst und Wissenschaft.
Die Atmungskunst des Menschen in Verbindung mit Ton und Wort —
Basis des Gesanges, der Deklamation und des Sprechens.

Wichtig für Sänger, Schauspieler, Offiziere, Prediger, Redner, Lehrer u. a.
Karten zu 3, 2, 1 Mark
Fr. Doert, Kaiserstrasse 159, Eingang Ritter-
in der Hofmusikalienhandlung
Telephon 2003.

Mitglieder des „Vereins zur Verbesserung der Frauenkleidung“
haben zu diesem Vortrag Zutritt zum Preise von Mk. 1.— gegen
Vorzeigung der Mitgliedskarte pro 1909 im Vorverkauf der Hof-
musikalienhandlung Fr. Doert.

Haushaltungs-Institut St. Maria—Bruchsal.

Praktische Ausbildung junger Mädchen in allen Zweigen des Hauswesens:
Kochen, Bügeln, Weiknähen, Kleidermachen, Sticken und sonstigen Handarbeiten.
Weiterer Ausbildung in den Elementarfächern und kaufmännischer Unterricht.
Großes, neues Haus, allen Anforderungen der Neuzeit entsprechend, mit
freier, gesunder Lage. Eintritt 15. April. Auch finden dieselben erholungsbe-
dürftige Damen freundliche Aufnahme und Bedienung.
Anmeldungen sind zu richten an
Schwester Joveria, Vorsteherin des Hauses.

Für Kommunikanten

empfehle ich Leibwäsche in großer Auswahl u. billigen Preisen.

Für Knaben: Hemden mit gestärkten Einsätzen — Hemden
ohne Einsätze — Trikothemden — Unter-
hosen — Strümpfe und Socken — Kragen — Manschetten —
Manschetten-Knäpfe — Krawatten — Handschuhe — Taschentücher.

Für Mädchen: Hemden — Beinkleider — Unterröcke
Strümpfe — Unterhosen — Taschentücher.

Rabattmarken **Paul Roder** Rabattmarken

Wäsche-Anstaltsgeschäft

Kaiserstrasse Nr. 136 — Karlsruhe — Telephon Nr. 2405.

Chr. Bock, Inh. H. Zwickel, Schuhwarenhaus, Kaiserstrasse 52.

Den Eingang sämtlicher Frühjahrs-Neuheiten

in moderner Fussbekleidung zeige ich hiermit ergebenst an, darunter ein Posten von

1000 Paar

Herren- und Damenstiefel in Boxcalf und Chevreaux,

welche zu staunend billigen Preisen verkauft werden.

Hauptpreislagen Mk. 8.50, Mk. 10.50, Mk. 12.50.

Rabatt-Marken.

Rabatt-Marken.

Empfehle in großer Auswahl zu billigsten Preisen:

Erst-Kommunikanten-Anzüge

in Rammgarn, Cheviot und Drapé
zu 15, 18, 20 bis 40 Mark.

Feinste Verarbeitung. Moderne Fassons.

Reiche Auswahl in Stoffen für
Anfertigung nach Maß
in bester Ausführung zu 35 bis 50 Mark.

Joh. Heinr. Felkel,

Kaiserstrasse 161, gegenüber dem Hotel Erbprinz.

**Handschuhe,
Krawatten,
Gürtel,
Schirme,**
anerkannt vorzügliche
Qualitäten,
empfehlen
Ludwig Oehl
Nachfolger
Karlsruhe
Kaiserstrasse 112.

Lehrstulle-Gesuch.

Für einen braven Knaben, welcher
Gitarer werden will, sucht bei einem
braven, kath. Meister eine Lehrstulle mit
Kost und Wohnung der Vorstand des
Männer-Vereins Alb. Hunk,
Gerrenstrasse 56, Karlsruhe.

Wegen Abzug billig zu verkaufen
eine schöne und gute Nähmaschine (Fah-
betrieb), 1 zusammenlegbarer, großer,
runder Tisch, 1 fast neuer Schiffsunter-
und ebenso 1 Kommode, 1 Heizungs-
schrank, 1 Bettstelle mit Kopf, Kopf-
polster, Blumen und 2 Kissen, 1 großer
Spiegel (Kristallglas) mit Goldrahmen.
Wilhelmstrasse Nr. 26, I.

Freier, solider Mann wird zum
Verkauf von

Pfäzer Naturwein

an Private gegen gute Provision gesucht.
Auch als Nebenbeschäftigung.
Angebote unter Nr. 388 befördert die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kost und Wohnung

gesucht für jungen Kaufmann. Nähe
Zabwerffstadt.
Angebote unter Nr. 389 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

**Trau-
ringe**
D. R.-Patent
ohne Lötlage, in
jeder Façon nach
Gewicht am billigsten
bei
B. Kamphues
Uhrmacher und Juweller,
Karlsruhe, Kaiserstrasse 207,
Telephon 2458.

Fahrad-Reparaturwerkstätte

P. Eberhardt

Amalienstr. 18, Teleph. 1304

empfehle ich zur Uebernahme sämtlicher
Reparaturen an Fahrrädern aller
Systeme. — Zur gründlichen Reinigung
und Aufbesserung legt viele
Gelegenheit. — Spezialreinigung, Bes-
tigung. — Neue Pneumatik
und Zubehörteile allerbillig. — Preis-
lauf-Einrichtung für alle Fabrikate.
Die Räder werden abgeholt und wieder
ausgestellt. Alle Aufträge werden prompt
erledigt.

Gut erhaltener
Kinderwagen zu verkaufen.

Marienstraße 60, III.

Wenzel-Album,

enthaltend 8 der beliebtesten Salonstücke von Feix Wenzel für Klavier zu 2 Händen.
1. Probe Stunden, Charakterstück. 2. Feierabendliedchen, melod. Tonstück.
3. Verlieb, Salonstück. 4. Im grünen Wald, Salon-Volka. 5. Feinzel-
männchen, Bolka-Mazurka. 6. Sabwiga, Salon-Volka-Mazurka. 7. In
einfamen Stunden, Nocturno. 8. Nach Hause, Salonstück.
Nr. 1-8 in einem Band zusammen Mk. 1.—.
Vorrätig in allen Musikalienhandlungen, sonst direkt vom Verleger
franco gegen vorherige Einzahlung von Mk. 1.—.
P. J. Tonger, Köln a. Rh.

Beicht- und Kommunion-Zettel

mit sacramentalen Sprüchen
mit Ortsnamen und Jahreszahl auf blauem Papier Mk. 2.50,
" " " weißem " " 2.50,
ohne " " " " " " 1.80,
ohne " " " " " " 1.20,
für 1000 Stück liefert schnellstens
„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe,
Adlerstraße 42.

Für die heilige Fastenzeit.

Im Verlage der Unterzeichneten ist vorrätig:

Eine Kreuzweg-Andacht.

Dieses, von einem badischen Seelsorgersgeistlichen verfaßt, eignet sich für
alle jene Kirchen, in denen Kreuzwege errichtet und diese Andacht öffentlich und
gemeinsam verrichtet wird. Die Gebete sind in die Form der Betrachtung ge-
staltet und so kurz, daß alle vierzehn Stationen in einer Andacht vollendet werden
können. Der Preis stellt sich pro Einzelnes auf 10 Pf., pro Hundert
6 Mark 50 Pf.
Karlsruhe. **Buchdruckerei „Badenia“.**

Heirat.

Kaufmann, äußerst solid, freib., kath.,
41 Jahre alt, wünscht mit Fräulein oder
Witwe bis zu 40 Jahren, mit entsprechendem
Vermögen, bekannt zu werden.
Würde auch einheiraten. Strengste Ver-
schwiegenheit gegen. Ehrenfrage. Gef.
Wittellungen erbeten unter Nr. F. K. 4190
an Rudolf Mosse, Karlsruhe i. B.

Geld an jedermann, anerkannt reell,
auch gegen bequeme Raten-
zahlung, verleiht diskret und schnell zu
kulanten Bedingungen. Selbstgeber O. A.
Winkler, Berlin 141, Potsdam-erstr. 63.
Notariell beglaubigte Dankschreiben.

Fahrrad

mit Freilauf sehr billig zu verkaufen.
Ruppurrerstraße 90, I.